

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

16.9.1927 (No. 215)

Expedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 963
 und 954
 Postcheckkonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 C. A. M. e. u. d.
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Fall die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Über die finanz- und volkswirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten Besoldungsreform des Reichsfinanzministers ist zur Zeit eine Aussprache im Gange. Dabei wird darauf hingewiesen, daß zu den Mehrkosten für die Beamten der Reichsverwaltung, die der Finanzminister auf 155 Millionen veranschlagt, die Kosten für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, ferner für die Soldaten des Heeres und der Marine hinzukommen, außerdem aber die Kosten für die Beamten der Länder und Gemeinden, Post und Eisenbahn und der anderen öffentlichen Betriebe, und die gesamten Mehraufwendungen werden auf 1 Milliarde geschätzt. Es ist durchaus nicht sicher, ob trotz des gegenwärtigen günstigen Stands der öffentlichen Kassen diese Mehrbelastung ohne weiteres von allen Instanzen aufgebracht werden kann. Der Reichsfinanzminister hat erklärt, ohne Steuererhöhungen die Reform durchführen zu können. Was die Reichsverwaltungen und die der Post anlangt, die ja kürzlich eine Tarifierhöhung schon in Voraußicht auf die Besoldungserhöhung durchführte, trifft das wohl zu. Aber ob es sonst ohne Erhöhung von Steuern und Tarifen wird abgehen, muß sich zeigen. In verschiedenen Ländern und namentlich auch in Gemeinden zeigen sich Schwierigkeiten. So hat der Bayer. Städtebund bereits darauf hingewiesen, daß die weit überwiegende Mehrzahl der Gemeinden aus eigenen Mitteln die Mehrkosten nicht übernehmen könne, es sei denn, daß ihnen eine Erweiterung der Einnahmequellen zugestanden wird. Die finanzpolitische Seite der Besoldungsreform ist somit noch nicht geklärt, ebensowenig die volkswirtschaftliche. In seiner Magdeburger Rede hat der Reichsfinanzminister einen optimistischen Glauben an den wirtschaftlichen Aufstieg proklamiert und dabei angekündigt, daß das Reich eingreifen werde, wenn die Aufbesserung der Beamtenbezüge das Preisniveau erhöhen sollte.

Daß wir immer noch in Inflationsgewohnheiten leben, zeigte die prompte Ankündigung einer Reichsbehörde, des Reichsamts für Landesaufnahme, das unter Berufung auf die Gehaltserhöhungen die Preise für Mehlzettel um 10 Prozent erhöhte, diese Maßnahme freilich schnell auf Druck von oben wieder rückgängig machte. Zum Teil anders war es ja bei der vorweggenommenen Erhöhung der Posttarife; denn es ist hier zuzugeben, daß z. B. das Frischporto sich bisher nicht im Vergleich zur Steigerung des Geldwertes gegenüber der Vorkriegszeit erhöht hatte. Jedenfalls müssen alle behördlichen Stellen der privaten Produktion hier ein gutes Beispiel geben. Die private Produktion aber ist, was nicht vergessen werden darf, in der Gestalt der Preise u. a. auch von den Löhnen und Gehältern abhängig, die sie ihren Angestellten und Arbeitern zu zahlen hat. Ist auch im allgemeinen eine Steigerung dieser Bezüge vor den Beamtengehältern erfolgt, so zeigen doch die dauernden Lohnbewegungen, daß hier kein Stillstand herrscht, und sie werden zweifellos durch die im Durchschnitt 25 Prozent betragenden Erhöhungen der Beamtengehälter noch verstärkt werden. Die Milliarde an Beamtengehaltserhöhungen würde dem Wirtschaftsleben zufließen, vor allem dem Inlandsmarkt. Dieser aber müßte alles tun, um die Periode gesteigerter Kaufkraft zu vergrößerem Umsatz und verbilligter Produktion nutzbar zu machen. Dies ist eine Pflicht der deutschen Privatwirtschaft, die allerdings dafür das Recht in Anspruch nehmen kann, daß von Reichsseite alles getan wird, sie vor größerer Belastung als Folge der Besoldungserhöhung zu schützen.

Wir haben in Deutschland nicht mehr die verhängnisvolle Notenpresse, durch die dauernd zusätzliche Kaufkraft geschaffen und das Geld dauernd verdünnt wurde. Damals waren die Preissteigerungen logische Folgen von Gehaltserhöhungen. Heute aber werden sich die Gehaltserhöhungen nur unter der vom Reichsfinanzminister vorausgesetzten dauernden Besserung des Wirtschaftslebens durchführen lassen. Dann kommen sie auch als wirkliche Steigerung der Kaufkraft breiter Schichten der deutschen Gesamtwirtschaft zugute. Nur wenn das gesamte Volkseinkommen weiter steigt, können die erhöhten Aufwendungen ohne Erhöhung der Steuern und Tarife aufgebracht werden. Im andern Fall aber müßten, da den öffentlichen Gewalten kein anderes Mittel zur Geldbeschaffung zur Verfügung steht, erhöhte Einnahmen geschaffen werden, mit anderen Worten die Erhöhung der Beamtengehälter müßte eine Verminderung des Einkommens der anderen Volksschichten zur Folge haben. Diese würden sich nicht wehrlos davor fügen, es würden

die Preise steigen, soziale Kämpfe in großem Ausmaß, krisenhafte Entwicklungen in der Wirtschaft kommen, es würden neue Schwierigkeiten entstehen, die entweder einen neuen Beamtenabbau oder Gehaltskürzungen zur Folge haben müßten, soll eine gesunde Finanzgebarung aufrecht erhalten werden. Die geplante Besoldungsreform wird also eine ernste Belastungsprobe für unsere Wirtschaft und unsere Finanzen werden.

Der Farbentrust will sein künstliches Benzin noch im Laufe dieses Jahres in steigenden Mengen auf den Markt bringen und hat bei der Reichsbahngesellschaft den Antrag gestellt, seinen synthetischen Ölen Tarifvergünstigungen einzuräumen, um den Vorsprung, den das importierte Benzin durch den billigeren Seeweg findet, auszugleichen, und die deutsche Kunstölproduktion gegenüber dem ausländischen Naturöl konkurrenzfähig zu machen. Als Verladungsplatz sind nicht nur die Stationen des Neunawerkes bei Wersberg im mitteldeutschen Braunkohlengebiet genannt, sondern auch Oppau bei Ludwigshafen. Es ist also anscheinend auch dort die Erstellung eines größeren Wertes für Kunstöl geplant. Man will das deutsche Kunstöl ganz allmählich und ohne besondere Unterscheidung vom Naturbenzin auf den Markt bringen. Der Vertrieb soll durch die „Deutsche Gasolin-A.G.“, deren Kapital zu 50 Proz. sich in den Händen des Farbentrusts, zu je 25 Proz. in amerikanischen und holländischen Händen befindet, erfolgen. Aus all dem geht hervor, daß die wirtschaftliche Herstellung des deutschen Kunstöls nun gesichert scheint, und daß es in den nächsten Jahren in Konkurrenz zu treten. Gegenwärtig ist bekanntlich auf dem Weltmarkt, infolge Überproduktion ein Preisrückgang für Rohöl zu verzeichnen, der sich freilich nicht in gleichem Maß auf die Benzinpreise ausgewirkt hat. Wenn trotzdem die deutsche Kunstölproduktion in verstärktem Maß weitergeführt wird, so zeigt dies, daß bereits eine hochrationelle Durchführung des Verfahrens gefunden ist.

Das Öl ist nach der Kohle eine der wichtigsten Energiequellen geworden. Deutschland mußte bisher alle Erdölprodukte zum größten Teil einführen. Die deutsche Erdölgewinnung aus natürlichen Quellen, die bisher so gut wie ausschließlich in Hannover erfolgte, beträgt, trotzdem sie sich seit der Vorkriegszeit um ein Drittel erhöht hat, nur 0,06 Prozent der Weltproduktion. Es ist möglich, daß die Vorkommen in Baden — seit längerem wird bekanntlich bei Bruchsal geböhrt — die Naturölproduktion in Deutschland erhöhen, und daß auch noch weitere Vorkommen, im Bienenwald in der benachbarten Pfalz und in Oberbayern durch Bohrungen aufgeschlossen werden, aber trotzdem ist kaum anzunehmen, daß Deutschland ein Großproduktionsland für natürliches Erdöl wird. Das Abkommen, das zwischen der F. G. Farben und dem amerikanischen Öltrust zustande gekommen ist, zeigt auf jeden Fall, welche Bedeutung man jenseits des Ozeans der im Ausbau befindlichen deutschen Kunstölproduktion aus Kohle beimißt. Vorerst besteht noch eine sehr große Produktion in Kohnpetroleum, aber die Weltvorräte darin werden sich viel schneller erschöpfen, als die Kohlenvorräte, und deshalb hat sich der amerikanische Öltrust mit den deutschen Kunstölproduzenten in Verbindung gesetzt, um sowohl was die Produktionsmenge anlangt zu Vereinbarungen zu gelangen, als auch um in die Kunstölherstellung selbst hineinzukommen.

Außerdem haben bekanntlich Verhandlungen mit dem englischen Chemietrust stattgefunden, die sich nicht nur auf die Kunstölherstellung, sondern, wie es heißt, auf alle wichtigen Gebiete der chemischen Fabrikation erstreckt haben. Es wird von englischer Seite anscheinend ein deutsch-englisches Interessenabkommen angestrebt, das als eine Folge der Abmachungen mit Amerika anzusehen wäre. Bei all diesen Verhandlungen, welche die Bedeutung der umworbenen deutschen chemischen Industrie illustrieren, handelt es sich nicht nur um privatwirtschaftliche Dinge, sondern um bedeutsame Probleme volkswirtschaftlicher Art. Die Stellung der deutschen Produktion ist hierbei nicht schwach und es ist zu wünschen, daß das Ergebnis der Verhandlungen so gestaltet werden kann, daß nicht nur private Vorteile für die Aktionäre des Farbentrusts, sondern auch solche für die deutsche Allgemeinheit herauskommen.

Drohender Verkehrsstreik in Berlin. In den drei Berliner Verkehrsbetrieben ist eine Lohnbewegung ausgebrochen. Nach dem Vorschlag der Settkonzeption sollen alle Verbesserungen getroffen werden, um die gerechten Forderungen der Straßenbahnarbeiter gegebenenfalls bis zum Streik durchzuführen.

Das neue Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Das Gesetz, wie es vom Reichstag angenommen wurde, verlangt für die beiden Arbeitsgebiete eine sich über das ganze Reich erstreckende, einheitlich und logisch aufgebaute Organisation. Als Unterbau gelten die **Arbeitsämter**, deren Bezirke je nach den gegebenen Verhältnissen im allgemeinen 100 000 bis 200 000 Einwohner umfassen. In rein landwirtschaftlichen Bezirken wird die Zahl auch unterschritten, während sie selbstverständlich in den Großstädten in Verbindung mit den dazu gehörigen Wirtschaftsgebieten auch beträchtlich überschritten wird. Eine Anzahl solcher Arbeitsämter wird zu einem Landesamt zusammengefaßt, und als oberste Spitze erscheint die Reichsanstalt. Die Arbeitsämter und Landesarbeitsämter werden geleitet von einem Vorsitzenden, die Reichsanstalt von einem Präsidenten und 5 Vorstandsmitgliedern. Jeder Körperschaft ist ein Verwaltungsrat aller Instanzen müssen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Vertreter öffentlich rechtlicher Körperschaften in gleicher Zahl vertreten sein. Die Vertreter der einzelnen Gruppen werden von den oberen Behörden auf Vorschlag der in Betracht kommenden Organisationen ernannt. Die **Gemeinden und Länder**, die bis jetzt den Arbeitsnachweis und die Erwerbslosenfürsorge im wesentlichen beherrschen, sind jetzt nur noch im Verwaltungsrat vertreten und zwar in der Minderheit. Nach dieser Richtung ist das Selbstverwaltungsrecht durchgeführt. Das Selbstverwaltungsrecht der unteren Organe ist aber ziemlich stark eingeschränkt durch die Befugnisse der oberen Instanzen. Die Mittel für die Arbeitslosenversicherung und der ganze Aufwand für den Arbeitsnachweis werden durch die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht. Nur wenn ein Beitragssatz von 3 Proz. nicht mehr ausreicht, muß das Reich mit Darlehen ausshelfen.

Gegenwärtig steht im Vordergrund der Erörterung die **Einteilung des Reiches in Landesarbeitsamtsbezirke**. Die bisherigen Landesämter waren Landesbehörden und ihr Tätigkeitsgebiet stimmte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, welche durch einige kleine norddeutsche Länder gebildet wurden, mit den Landesgrenzen überein. **Auch Baden hatte sein eigenes Landesamt.** Nach § 2 des Gesetzes steht dem Vorstand der Reichsanstalt das Recht zu, die Grenzen der Landesämter und der einzelnen Arbeitsämter festzulegen. Es darf wohl bezweifelt werden, ob man bei der Schaffung dieses Paragraphen an die Möglichkeit dachte, daß der Vorstand der Reichsanstalt von diesem Recht einen Gebrauch machen wird, wie es jetzt den Anschein hat. Außerhalb des Reichstags war sicher die Auffassung verbreitet, daß es im wesentlichen bei der jetzigen Einteilung bleiben wird, daß vor allem den größeren Ländern ihre Landesämter verbleiben werden. Der Vorstand hat aber jetzt einen Entwurf vorgelegt, nach welchem das deutsche Reich in 13 **Landesarbeitsamtsbezirke** eingeteilt werden soll. Die Einwohnerzahl schwankt zwischen 7,2 Millionen im Rheinland und 2,2 Millionen in Ostpreußen. Die Landesgrenzen der kleinen Länder sind dabei nur insoweit respektiert, als man keines der kleinen Länder auseinandergerissen hat. Dagegen soll **preussisches Gebiet zum Arbeitsamt Hamburg** kommen und anderes preussisches Gebiet mit dem Lande **Thüringen** zusammengelegt werden. Die preussischen Provinzgegenden werden an verschiedenen Stellen überschritten. Die Einteilung wurde nach rein **wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Gesichtspunkten** vorgenommen.

Für die südwestdeutsche Ecke ist vorgeschlagen, **Württemberg mit Hohenzollern, Baden und der Rheinpfalz** in einem Landesamt zu vereinigen. Aus der Presse war schon ersichtlich, daß sich dagegen gewichtige Stimmen erhoben. Für die Zusammenlegung dieser Länder, wie für die Schaffung großer Landesamtsbezirke überhaupt wird geltend gemacht, daß dadurch etwas an Verwaltungskosten gespart wird. Man darf aber davor warnen, die Höhe dieser Ersparnisse zu überschätzen, weil in großen Bezirken auch wieder Mehraufwand für Telefon, Telegraph und vor allem an Reisekosten entsteht. Des weiteren wird vom Standpunkt des Arbeitsmarktes geltend gemacht, daß in großen Bezirken, die landwirtschaftliche und industrielle Gebiete verschiedener Art umfassen, ein Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt leichter zu bewerkstelligen sei, als in kleinen Bezirken. In einem Zeitpunkt, wo vom Reich der Beitrag nicht mehr in der Höhe von 3 Proz. des Arbeitsverdienstes erhoben werden muß, können die einzelnen Landesamtsbezirke die Beitragshöhe für ihren Bedarf selber bestimmen. Da die Arbeitslosigkeit immer mehr ungleich verteilt ist, ist in einem großen Bezirk auch für die Kostenaufbringung ein besserer Ausgleich gegeben, als in einem kleinen Bezirk. Es wird also nicht so leicht der Zu-

stand eintreten, daß einzelne Bezirke Zuschüsse von der Reichsanstalt erhalten müssen. Es wird auch geltend gemacht, daß für große Bezirke die Befegung der einzelnen Fachabteilungen sich besser regeln läßt. Diese Gründe dürfen wohl für den Vorstand ausschlaggebend gewesen sein bei der Einteilung in 18 Landesarbeitsamtsbezirke.

Wie bekannt wurde, haben sich die badischen Arbeitgeber für eine Verschmelzung von Baden und Württemberg ausgesprochen und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil die badische Wirtschaft durch die stärkere Arbeitslosigkeit, die wir gegenüber Württemberg zu verzeichnen haben, schwer belastet sei. Dieser letztere Grund ist aber doch nur zeitlich; die Verhältnisse lagen auch schon umgekehrt und können in einigen Jahren wiederum umgekehrt liegen. Daher sollte dieser Gesichtspunkt deshalb nicht so stark in den Vordergrund geschoben werden. Gegenüber den allgemeinen Gründen, die für die Zusammenfassung mehrerer Länder angeführt werden, sprechen doch auch vom badischen Standpunkt aus beachtenswerte Gründe gegen eine solche. Baden hat im Jahr 1922 nach Inkrafttreten des Reichsgesetzes für Arbeitsnachweise, 17 Bezirksarbeitsnachweise geschaffen. In Baden ist jede Gemeinde entsprechend den Erfordernissen des Gesetzes von einem Arbeitsnachweis erfasst. Jeder Arbeitsnachweis umfaßt ein für sich abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet. Die Arbeitsnachweise sind auch bis auf ein oder zwei Ausnahmen räumlich gut untergebracht und auch gut eingerichtet. Eine Übernahme des Landesarbeitsamts durch die Reichsanstalt könnte infolgedessen sofort erfolgen. Es würden der Reichsanstalt gar keine Schwierigkeiten und Kosten dadurch entstehen. Das Land Baden und die Gemeinden, die bis jetzt ein Drittel der Kosten für den Arbeitsnachweis zu tragen haben, würden eine beträchtliche finanzielle Entlastung erfahren. In Württemberg und der Pfalz sind die Arbeitsnachweise nicht in der Weise ausgebaut. Man hat dort eine große Zahl von Arbeitsnachweisen, die zum Teil nebenamtlich von Staats- und Gemeindebehörden verwaltet werden. Es muß also dort erst eine neue Bezirksenteilung geschaffen werden, dann kommt die Beschaffung von Räumen und Einrichtungen für diese neuen Arbeitsämter. Dadurch wird der Zeitpunkt der Übernahme wesentlich hinausgeschoben, was für Baden die oben angebeuteten nachteiligen Wirkungen hat.

Es darf ferner nicht verkannt werden, daß die Arbeitsämter auch mit anderen Behörden zusammenarbeiten müssen und von deren Mitwirkung abhängig sind. Die Tätigkeit eines Landesamtes wird ganz gewiß nicht dadurch erleichtert, daß es mit den Verwaltungsbehörden von vier Ländern zusammenarbeiten muß und in jedem Land die Verwaltungsorganisation abweichend von der des andern organisiert und aufgebaut ist. Aber die Frage, wo ein gemeinsames Landesamt seinen Sitz haben soll, wird es ebenfalls Auseinandersetzungen geben, durch welche vielleicht auch die Mitarbeit der Verwaltungsbehörden beeinflusst wird. Man mag die Landesgrenzen an manchen Stellen widersinnig finden, man muß aber trotzdem mit ihnen rechnen, weil es die Grenzen der Verwaltungskörperschaften sind. Die badischen Landesgrenzen sind auch, von einigen kurzen Strecken abgesehen, im Laufe der Zeit Wirtschaftsgrenzen geworden, weil eben jedes Land für sich seine Verkehrsverhältnisse und Wirtschaftsverhältnisse gefördert hat. Wirtschaftsverhältnisse, die bei der Regelung dieser Frage ernstlich zu berücksichtigen sind, schneiden die Landesgrenzen nur im Pforzheimer und Mannheimer Wirtschaftsgebiet; aber auch da wurden die Verhältnisse von den in Betracht kommenden Arbeitsnachweisen trotz Landesgrenzen in zufriedenstellender Weise geregelt. Irgendwelche Mißstände auf dem Gebiete der Arbeitsmarktregelung können für die Zusammenlegung der Länder nicht angeführt werden. Es ist bekannt, daß auch Württemberg und Bayern die Forderung stellen, daß ihnen für ihr Hoheitsgebiet ein eigenes Landesamt bleibt.

Die Vorschläge, die der Vorstand der Reichsanstalt gemacht hat, liegen den Landesregierungen gegenwärtig zur Aufzehrung vor, und es ist anzunehmen, daß die drei süddeutschen Landesregierungen bei ihren Vorschlägen bleiben. Ob der Vorstand der Reichsanstalt die staatspolitischen, verwaltungstechnischen und auch wirtschaftlichen Gesichtspunkte der Länder berücksichtigen wird, weiß man nicht. Der Vorstand hat die Landesregierungen und die Verwaltungsräte der jetzigen Landesämter nur zu hören. In den Verwaltungsräten der Landesämter kommen die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie die Vertreter der Gemeinden zum Wort. Welche Stellung diese Körperschaften einnehmen, steht auch noch nicht fest, und es ist deshalb vielleicht angebracht, jetzt schon auch die Möglichkeit der Zusammenlegung in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen. Darüber dürfte Klarheit bestehen, daß eine Zusammenlegung der Pfalz mit Baden wirtschaftlich viel begründeter erscheint, als eine Zusammenlegung mit Württemberg. Von Württemberg geht nur nach Pforzheim eine größere Zahl von Arbeitern über die Landesgrenze. Die Interessen dieser Arbeiter sind bis jetzt vom Arbeitsamt Pforzheim gewahrt worden und wenn irgendwelche Wünsche bestehen, so kann diesen Wünschen auch ohne eine Zusammenlegung der beiden Länder Rechnung getragen werden. Engere wirtschaftliche Beziehungen zwischen Baden und Württemberg bestehen dann noch in der Gegend von Billingen und Schwenningen; aber dort sind es nur wenig Arbeiter, die von ihren Wohnstätten zur Arbeitsstätte die Landesgrenze überschreiten müssen. Man kann eine Zusammenfassung der Bezirke Schwenningen, Schramberg, Billingen, Donaueschingen und Neustadt auch nicht damit begründen, daß man die Uhrenindustrie zusammenfassen wolle, weil in all diesen Bezirken eine größere Zahl von Arbeitern in anderen Berufen beschäftigt ist, als in der Uhrenindustrie, und die anderen Berufe den Arbeitsnachweis notwendiger brauchen, als die vielfach in ständiger Arbeit stehenden Uhrenarbeiter. Anders liegen die Verhältnisse gegenüber der Pfalz. In dem Mannheim-Ludwigshafener Gebiet überschreiten nicht nur tausende von Arbeitern die Landesgrenze, sondern auch die einzelnen Unternehmungen greifen mit ihrer Tätig-

keit hinüber und herüber, und wenn man im Vorstand der Reichsanstalt an der Zusammenlegung festhalten sollte, so muß vom badischen Standpunkt aus unbedingt verlangt werden, daß nicht nur Baden und Württemberg, sondern auch die Pfalz von dem gemeinsamen Landesamt erfasst wird, sonst würde der Boden der Sachlichkeit verlassen. Wenn zusammengelegt wird, darf Baden erwarten, daß die nach Meinung des Vorstandes der Reichsanstalt sachliche Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch bis zu Ende durchgeführt wird.

Die Genfer Völkerbundstagung

Die Wahlen zum Rat

Die Donnerstagabend in der Völkerbundsversammlung abgeschlossene Wahl der drei neuen nichtständigen Ratsmitglieder des Völkerbundes ergab bei 49 gültig abgegebenen Wahlzetteln 43 Stimmen für Kuba, 33 Stimmen für Finnland und 26 Stimmen für Kanada. Die Verkündung des Ergebnisses wurde von der Versammlung mit großer Spannung entgegengenommen. Daß Kuba mit vier Fünfteln aller Stimmen gewählt wurde, zeigt, daß der Völkerbund sich an sein Versprechen hält, stets drei Südamerikaner im Rat zu halten und infolgedessen jedes Jahr einen südamerikanischen Staat in den Rat hineinzuwählen und daß er im allgemeinen den Kandidaten annimmt, auf den sich die südamerikanische Gruppe geeinigt hat. Während auch Finnlands Erfolg groß war, erhielt Kanada nur knapp die nötige Stimmenzahl. Ihm ist Griechenland, für das sich Frankreich nach der Niederlage Belgiens noch mit großem Eifer eingesetzt hat, gefährlich nahe gekommen. Das Neue ist der Einzug Kanadas, eines britischen Dominions, in den Rat. Es verdankt seinen Erfolg zum großen Teil seiner Einstellung gegenüber dem Minoritätenproblem. Von nun an werden die britischen Dominions den Anspruch erheben, im Rat stets durch ein Mitglied ihrer Gruppe vertreten zu sein. Wenn also Kanada in drei Jahren auszuweichen hat, wird an seiner Statt ein anderes Dominion präsentiert werden. Diese Neuerung entspricht der Politik, die auf der letzten britischen Reichskonferenz beschlossen wurde.

Chamberlain — Briand — Stresemann

WW. Genf, 15. Sept. Die für Samstag angelegte Abreise Chamberlains nach Cannes wird neuerdings davon abhängig gemacht, ob zuvor der ungarisch-rumänische Östententstreitfall, in dem Chamberlain Hauptberichterstatler ist, vom Rat erledigt werden kann. Nachdem er am Donnerstag wegen Nichtbeendigung der juristischen Vorarbeiten von der Tagesordnung abgesetzt worden ist, würde das bei einem glatten Verlauf der Diskussion vor dem Rat möglich sein. Briand seinerseits reist heute nach Paris, um bis Samstagabend oder Montag nach Genf zurückzukehren und bis zum Ende der Tagung zu bleiben. Die Dispositionen Dr. Stresemanns werden vorläufig vollkommen von dem weiteren Verlauf der Tagung und der Nebenverhandlungen abhängig gemacht, die zur Zeit geführt werden.

In Genf kann Deutschland sprechen

Zu der Rede des Grafen Bernstorff in der Abrüstungskommission, schreiben die „Basler Nachrichten“ folgendes: „Solche Riegel kann Deutschland seinen Versailles Partnern erst in den Kopf hämmern, seitdem es Mitglied des Völkerbundes geworden ist. In Noten und Zeitungsartikeln konnten derartige Gedanken ja auch früher dargelegt werden; aber die Wirkung war eben nicht zu vergleichen mit der stichtartigen Kraft, die dem lebendigen Wort vor dem Genfer Weltforum innewohnt.“

Der Völkerbundsrat

beschloß vor den Wahlen noch am Donnerstag in seiner bisherigen Zusammensetzung, den Streit um den Kreuzer „Salamis“, den Griechenland vor dem Kriege auf der Vulkanwerft in Stettin bestellt hatte und nach Kriegsschluss nicht mehr abnehmen will, einem Ausschuss von drei Ratsmitgliedern zu eingehenderem Studium zu überweisen. Gegenüber dem griechischen Vertreter hob der deutsche Vertreter, Staatssekretär v. Schubert, hervor, daß der Streitfall kein solcher zwischen den Staaten, sondern zwischen Griechenland und einer deutschen Privatfirma und damit ein Prozeß des reinen Privatrechtes sei, und darum auch bis zu seinem Ende durch die zuständigen Gerichte abgewickelt werden müsse, da sonst die Institution der Gemischten Schiedsgerichte eine empfindliche Autoritätseinbuße erleiden würde.

Das von dem Völkerbundsrat zu der Klage des Danziger Senats auf Verlegung des polnischen Munitionslagers auf der Westerplatte nach Gdingen von einem besonderen juristischen Komitee angeforderte Gutachten, mit dem der Völkerbundsrat sich gleichfalls zu befassen hatte, stellt sich auf einen rein formal-juristischen Standpunkt und empfiehlt Wiederaufnahme des Verfahrens durch den Danziger Senat bei der fahrigemäßig 1. Instanz, dem Völkerbundsrat in Danzig. Erst nach dessen Entscheidung soll der Völkerbundsrat sich zum zweiten Male in zweiter Instanz mit der Angelegenheit zu befassen haben. Der Völkerbundsrat stimmte ohne jede Diskussion dem Gutachten zu, und hat es abgelehnt, materiell zu dem Antrag des Danziger Senats auf Verlegung des polnischen Munitionslagers Stellung zu nehmen, da Danzig sich unter Weisung der für Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen geschaffenen ersten Instanz, dem Völkerbundsrat in Danzig, sich an den Völkerbundsrat gewandt hatte. Der Völkerbundsrat beschloß ferner auf Antrag des Reichsaussenministers Dr. Stresemann, die Klage der Danziger Eisenbahner gegen die polnische Regierung, sowie die Frage der Territorialität auf der Westerplatte auf eine der nächsten Sitzungen des Völkerbundsrates zu vertragen.

Die Westerplatte polnisches Gebiet

WW. Danzig, 16. Sept. (Tel.) Veranlaßt durch polnische Pressenachrichten, die unter Anführung von Einzelheiten mitteilten, daß der verschwundene polnische General Jagorssi auf der Westerplatte wider seinen Willen zurückgehalten werde, waren die Danziger Behörden gezwungen, zu der Feststellung zu schreiben, ob eine Freiheitsberaubung tatsächlich vorliegt, die nach Danziger Recht eine strafbare Handlung darstellt. Die diplomatische Vertretung wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß Polizeibeamte unter Führung des Leiters der Kriminalpolizei sich nach der Westerplatte begeben hätten. Der Kommandant der Westerplatte ließ den Danziger Beamten durch einen Feldwebel bestellen, daß die Westerplatte polnisches Gebiet (?) sei und eine Amtshandlung Danziger Beamten ohne Genehmigung der polnischen diplomatischen Vertretung nicht zugelassen werden könne. Später teilte die polnische diplomatische Vertretung dem Polizeipräsidenten mit, daß die polnischen Behörden endgültig geprüft hätten, ob Jagorssi auf der Westerplatte sei; eine Danziger Amtshandlung sei deshalb nicht notwendig.

Deutschland und Litauen. Die zwischen Litauen und Deutschland schwebenden Fragen werden, wie aus Berlin mitgeteilt wird, in Form eines gemeinschaftlichen Protokolls bei der Anwesenheit des litauischen Ministerpräsidenten Wolde-marcas in Berlin erledigt werden. Das Protokoll soll in Kraft bleiben, bis alle Punkte durch Verträge geregelt sind. Wolde-marcas will in 10 bis 14 Tagen in Berlin eintreffen.

Politische Neuigkeiten

Der Reichspräsident in Königsberg

Heute Freitag, kurz nach 9 Uhr, fuhr der Kreuzer „Berlin“ auf dem sich Reichspräsident v. Hindenburg befand, in den Königsberger Hafen ein. Oberpräsident Dr. Siehr, der Vizepräsident des Reiches I. v. Esbeck und Oberbürgermeister Lohmeyer begrüßten den Reichspräsidenten. Der Reichspräsident erklärte, er sei gerne gekommen, um so mehr bedauere er, daß seine Zeit so kurz bemessen sei. Die Provinz Ostpreußen liege ihm am Herzen und er dürfe namens der Reichsregierung versichern, daß dort dieselbe Gesinnung herrsche und nach Möglichkeit der Provinz geholfen werden solle. „Ich baue auf die feste Energie und die Unbezugsheit meiner ostpreussischen Landsleute.“ Nach der Begrüßung fuhr der Reichspräsident durch die flaggenbesetzten Straßen der Unterstadt, in denen eine tausendköpfige Menge ihm zuzubellte, nach Marienen, wo er beim Vorstehen des Provinziallandtages, Gz. v. Werg, Aufenthalt nimmt.

Die Sondertagung des Reichstages

Der Altentrat des Reichstages hat am Donnerstag beschlossen, die Sondertagung, die hauptsächlich dem Schulgesetz gewidmet sein soll, in Abereinmütigkeit mit dem Vorschlag des Reichskanzlers am 17. Oktober beginnen zu lassen. In dieser Tagung sollen nur das Schulgesetz, das Kriegsschulden-schulgesetz und die Besoldungsreform behandelt werden; sie soll eine Woche dauern. Sollte das Schulgesetz, was man immerhin noch für möglich hält, am 17. Oktober noch nicht beratungsfähig sein, dann würde man ein paar Tage später beginnen. Ob das Kriegsschulden-schulgesetz in der Sondertagung an den Reichstag gelangen wird, scheint noch nicht ganz sicher. Es gibt offenbar auch hier, wie bei den Nach-mengegesetzen für die Realisten, noch interne Schwierigkeiten; vor allem scheint die Regierung in Sorge zu sein, ob sie ihr Besoldungsprogramm (Bewertung von Vorzugsaktien der Reichsbahn und von Forderungen an die Reichsbahn) in der ursprünglichen Form aufrechterhalten kann. Der Gedanke eventuell den ausländischen Anleihemarkt in Anspruch zu nehmen, scheint neuerdings auf Bedenken reparationspolitischer Art zu stoßen.

Wenn der Reichstag zu seiner eigentlichen Herbsttagung im November zusammentreten soll, ist noch nicht bestimmt worden. Darüber wird man erst während der Oktober-Tagung Beschlüsse fassen.

Das Reichskabinett zur Besoldungsvorlage

Die am Donnerstag stattgefundenen Beratungen des Reichskabinetts über die Beamtenbesoldungsreform haben noch zu keiner Verabschiedung der Vorlage durch die Reichsregierung geführt. Die Verhandlungen sind auf heute vertagt worden. Die endgültige Stellungnahme des Reichskabinetts dürfte jedoch erst erfolgen, wenn auch die volksparteilichen Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Curtius, die an der gestrigen Beratung nicht teilnehmen konnten, gehört worden sind. Außerdem sind auch umfangreiche Erörterungen über mehrere wichtige Fragen zu führen; einmal über die von verschiedenen Ländern geäußerten Wünsche und dann über die Herausnahme der Reichswehr aus der allgemeinen Besoldungsordnung. Bekanntlich wurden die Reichswehrangehörigen bisher im Rahmen dieser allgemeinen Regelung besoldet, während früher getrennte Gehaltsstufen für Zivilbeamte und für Heeresangehörige bestanden. Weil nun die Reichswehrmännlichkeit in Kapfern untergebracht ist und ihre Verpflegung auf dienstlichem Wege bezieht, so ist ein Vergleich der Lebensverhältnisse der Reichswehrangehörigen mit denen der Zivilbeamten nicht ohne weiteres möglich und man strebt jetzt dahin, diesen Unterschieden durch eine Trennung der Besoldung Rechnung zu tragen. Da mit der Rückkehr des Außenministers aus Genf erst zu Anfang oder Mitte nächster Woche zu rechnen ist, so wird auch die endgültige Stellungnahme des Reichskabinetts zur Besoldungsordnung nicht eher zu erwarten sein.

Das Reichskabinett ist heute vormittag wiederum zu einer Sitzung zusammengetreten, um die Beratungen über die Besoldungsreform fortzusetzen.

Reichsratsbeschlüsse

Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittag eine Voll-sitzung unter Vorsitz des Staatssekretärs Zweigert ab. Unter den eingegangenen Vorlagen, die den Ausschüssen zur Beratung überwiesen wurden, befindet sich auch der Gesetzentwurf über Vereinfachung des Steuerrechtes. Mit der Errichtung von Abrechnungsstellen im Schiedsverkehr in Koblenz und Eisenach erklärte sich der Reichsrat einverstanden, ebenso mit einer Verordnung, monach für Militär- und Zivilbeamte beim Reichsheer und bei der Marine der frühere Zustand wiederhergestellt wird, daß die in Betracht kommenden Personen bei einer Tätigkeit außerhalb von Lager- und Truppenübungsplätzen Tagelöhner und Übernachtungsgelder erhalten. Bei der Beratung des Berichtes über Maßnahmen zur Organisation der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Wirkung der Gebührenerhöhung bei der Post. Im Verwaltungsrat der Reichspost gab am Donnerstag Reichspostminister Dr. Schädel eine Übersicht über die Auswirkung der letzten Gebührenerhöhung. Er stellte dabei fest, daß ein Verkehrsrückgang dadurch nicht eingetreten ist. Die Gebühren sind in der veranschlagten Höhe eingegangen. Hieraus genehmigte der Verwaltungsrat die Richtlinien für den Sparkommissar, der, wie die anderen Reichsvertreter, nunmehr auch die Geschäftsführung der Reichspostverwaltung nachprüfen soll.

Die Besatzungserleichterungen. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ erfährt, wird in der noch ausstehenden französischen Note über die Besatzungserleichterungen noch mitgeteilt werden, daß die Besatzung von Germersheim, wo eine starke Spannung mit der Bevölkerung besteht, wesentlich verringert werden wird. Ebenso soll auf Grund erfolgreicher Bemühung des Staatssekretärs Weismann die Stadt Kreuznach von der Besatzung überhaupt befreit werden.

Die Abfindung der Standesherren in Preußen. Seit dem 1. Januar 1924 sind bisher von Preußen an die ehemaligen Standesherren 22 Millionen RM ausgezahlt worden. Die preussische Staatsregierung steht auf dem Standpunkt, daß eine Regelung nach dem Scheitern eines Reichsgesetzes nur auf dem Wege einer Abfindung möglich ist und zwar soll eine Abfindung in Höhe von 125 Proz. in Frage kommen. — Wie das „V.L.“ hört, ist damit zu rechnen, daß die preussische Staatsregierung nunmehr dem am 12. Okt. zusammengetretenen Landtag auf dieser Grundlage einen Gesetzentwurf unterbreiten wird.

Urteil im Prozeß Turati. In dem Prozeß gegen den früheren italienischen sozialistischen Abgeordneten Turati und gegen diejenigen, die seine Flucht aus Italien in einem Motorboot begünstigten, das am 10. September 1923 an der Küste von Korfu landete, wurden, wie aus Savona gemeldet wird, Turati und fünf seiner Helfershelfer zu zehn Monaten Haft verurteilt, ein Helfershelfer zu elf Monaten Haft und vier Angeklagte freigesprochen.

Badischer Teil

Ausnahmetarif für Wein

Im Ausnahmetarif 9a für Wein ist mit Gültigkeit vom 15. September 1927 eine Anzahl wichtiger Änderungen und Verbesserungen durchgeführt worden. Die Entfernungsgrenze wurde von 400 km auf 450 km erweitert. Von besonderer Bedeutung ist die Aufnahme von Ausnahmetariffahren für Wein bei Auslieferung als Frachtdgut. Die hier in Frage kommende Ermäßigung beläuft sich auf durchschnittlich 20 Proz. gegenüber den normalen Frachttariffahren der Stückgutklasse I. Ferner wurde in den meisten Entfernungen die bisher gültigen Ausnahmetariffe für Wagenladungen noch weiter ermäßigt und zwar durchschnittlich um etwa 6 Proz. Außerdem kann künftig für Weinladungen in Wagenladungen die nach Zuladung von Wein auf der Bestimmungsstation mit der Eisenbahn weiter geschickt werden, der Ausnahmetarif im Erstattungswege auch für die zweite Beförderungsstrecke angewendet werden, sofern die Gesamtbeförderungsstrecke nicht mehr als 450 km beträgt. Auch für Schaumwein sieht der neue Tarif insoweit eine Begünstigung vor, als eine Verladung von Schaumwein zu Wein in Wagenladungen die Anrechnung des Tariffs für die ganze Sendung nicht ausschließt, sofern das Gewicht des Schaumweins nicht mehr als 10 Proz. des Gesamtgewichtes ausmacht und getrennte Gewichtsangabe im Frachtbrief erfolgt ist. Die Veröffentlichung des neugesetzten Ausnahmetariffs erfolgt im Nachtrag 3 zum Reichsbahn-Gütertarif, Heft C II. Nähere Auskünfte erteilen die Güterabfertigungsstellen.

Pässe besorgen!

Nach den Schweizer gesetzlichen Bestimmungen müssen alle Personen, welche nicht in dem zum gegenwärtigen Grenzverkehr gehörenden Bezirken wohnen, mit gültigen deutschen Reisepässen versehen sein. Die sogenannten Tagespässe werden von den Schweizer Grenzbehörden nicht anerkannt, und sie verweigern den Inhabern den Eintritt in die Schweiz. Wer also nicht im Gebiete des kleinen Grenzverkehrs wohnt, und in die Schweiz reisen will, der besorge sich einen deutschen Reisepass, wodurch alle Schwierigkeiten beim Grenzübertritt vermieden werden.

Warnung vor Zuzug Arbeitssuchender nach der Schweiz

Bei der in der Schweiz herrschenden Arbeitslosigkeit und dem Fehlen ausreichender Hilfe können Wanderburschen mit einem Fortkommen dort nicht rechnen. Es droht ihnen vielmehr beim Fehlen einer ordnungsgemäßen schweizerischen Einreisebewilligung in der Schweiz Bestrafung und zwingende Heimkehr nach Deutschland. Da in letzter Zeit häufig deutsche Wanderburschen ohne Ausreisepapiere in die Schweiz kamen und bei den deutschen Konsulaten eine Unterstützung verlangten, die aber wegen des Mangels an Mitteln nicht gewährt werden kann, besteht Veranlassung hierauf besonders hinzuweisen.

Zur Karlsruher Tagung des Einzelhandelsausschusses des deutschen Industrie- u. Handels-tages

Nachdem der Dienstag mit eifrigen Tagungsarbeiten ausgefüllt war, fand am Mittwoch ein Besuch von Forzheim und Baden-Baden statt. In Forzheim wurde zunächst die dauernde Musterausstellung der Forzheimer Sammelwarenfabrik besichtigt. Bei einem anschließenden Frühstück im Hotel Sauter, das der Einzelhandel in Forzheim gab, begrüßte Oberbürgermeister Glünder die Tagungsteilnehmer. Über Herrmann und Gernsbach ging es dann nach der Rückfahrt an der Cos, wo sich im Kurhaus die Teilnehmer zum letzten Mal vereinten, um dann in ihre Heimat zurückzukehren. Der zahlreiche Besuch der Haupttagung des Einzelhandelsausschusses des Industrie- u. Handelstages, der am 13. September in Karlsruhe tagte, bewies das Interesse, das man den Problemen, die zur Diskussion standen, entgegenbrachte. Die Tagung wurde eingeleitet durch ein großzügiges Referat von Syndikus Dr. Willemer, Nürnberg, über die „Anwendbarkeit amerikanischer Wirtschaftsmethoden im deutschen Einzelhandel“. Direktor A. Düring, Köln, sprach über die Einigungsämter in Sachen des unlauteren Wettbewerbs, indem er die Wirksamkeit der Einigungsämter in den einzelnen Städten behandelte. W. Hofmann-Bang, Frankfurt a. M., referierte über die „Zusendung unbestellter Waren“. Eine von der Versammlung angenommene Entschließung wandte sich energisch gegen das Überhandnehmen dieses Unfalls. Der Vorsitzende des Ausschusses, von Norden, behandelte das Problem der Schaffung von Qualitätsarbeit, die auch vom Einzelhandel befürwortet wurde. Der deutsche Einzelhandel wird, vornehmlich in seinen Fach- und Spezialgeschäften, den Willen der deutschen Industrie, die Qualität der herzustellenden Waren zu verbessern, nicht nur mit Freuden begrüßen, sondern alle auf Qualitätsverbesserung gerichteten Bestrebungen aufs nachhaltigste unterstützen.

Die günstige Lage am Baumarkt

In der letzten Zeit hat das Baumgewerbe infolge der Stetigkeit der Witterung einen gewissen Aufschwung erfahren. Wie berichtet wird, ist man da und dort zur Einstellung ausländischer Arbeitskräfte geschritten und es können z. B. etwa freiwandernde Bauhandwerker stets wieder unterkommen. An den in Gang befindlichen Neubauten wird seit Ende August ohne Pausen gearbeitet; außer Wohnungsbauten werden auch Industrieprojekte in Angriff genommen, insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Ober-Schlesien und in Mitteldeutschland. Das Tiefbaugewerbe ist nach wie vor gut beschäftigt, Straßen, Kanäle, Brücken und Kraftwerksanlagen beherrschen den Markt. Im Oberbergbaubereich sind große Kraftwerksanlagen im Bau (Hamburg-Schwandorf) oder geplant. Die Mittellandbahn Ostberun-Struttgart-Schaffhausen ist begonnen und hier werden starke Arbeitskräfte absorbiert. Die Reduktionsarbeiten schreiten rüstig vorwärts. Bei anhaltend guter Witterung kann man dem Tiefbau über die Späthjahrs- und Wintermonate gute Beschäftigung voraussetzen.

Die Baustoffindustrie hat weiter guten Absatz. Die Zement- und Kalkindustrie hat eine bedeutende Steigerung des Absatzes gegenüber den gleichen Monaten der vergangenen Jahre aufzuweisen. In den Ziegeleien werden die Lager räumlich geräumt und es können nur in wenigen Fällen Steine und Ziegel auf Stapel gelegt werden. Für die Landwirtschaft werden infolge des nassen Sommers Drainagerohre zur Erweiterung der Entwässerungsmenge verlangt. In der Holzindustrie ist starke Nachfrage nach Kantholz, Balken, Schalholz und Dielen. Form- und Trägerisen wird stark verlangt, jedoch sind die Lieferfristen von Seiten der Werke verzögert worden. Die Preislage am Baustoffmarkt hielt sich gegenüber dem Vormonat auf gleicher Höhe, trotzdem die Löhne der Ziegelerbeiter eine Steigerung erfahren.

Die Jahrhundertausstellung der Erzdiözese Freiburg

Am kommenden Sonntag wird in Freiburg i. Br. die Jahrhundertausstellung der Erzdiözese eröffnet. Auf der Ausstellung wird auch die alte Benediktinerabtei St. Blasien vertreten sein, und zwar mit einem Mehrgewand aus der Zeit Maria Theresias, das aus dem Hochzeitskleid der österreichischen Kaiserin hergestellt wurde, ferner mit einem kleinen Gemälde, den letzten Abt des Klosters, Bernhard Trottler, darstellend, und Photographien von dem Brand des Klosters.

Gemeinde-Rundschau

Das Altersheim der Stadt Mannheim. Wie aus einer Bekanntmachung des Mannheimer Oberbürgermeisters hervorgeht, wird am 1. November d. J. das städtische Altersheim am Meerdeckerplatz im Stadtteil Lindenhof seiner Bestimmung übergeben. Es ist zunächst für solche Personen bestimmt, die eine eigene Wohnung in Mannheim freimachen. Abgegeben werden 24 Einzelzimmerwohnungen mit Kochgelegenheit, 48 Zweizimmerwohnungen mit Kochgelegenheit und 80 für zwei Personen bestimmte größere Einzelzimmer ohne Kochgelegenheit. Das Heim soll Mannheimer Bürgern und Bürgerinnen einen freundlichen Lebensabend ermöglichen. Es ist deshalb sowohl auf Bequemlichkeit als auch auf Zweckmäßigkeit gebührend Rücksicht genommen. So erhalten die Wohnräume durchweg Dampfheizung. Ferner können Bannentücher genommen werden. Zur Entnahme von kaltem und heißem Wasser sind Zapfstellen vorhanden. Der Erbauung und Unterhaltung dienen geschmackvoll eingerichtete Gemeinschaftsräume, wie großer Saal, Lesezimmer, Musikzimmer usw. Weiter steht den Inhabern der Wohnungen der Garten zur Verfügung. Von den Wohnungen aus genießt man prächtige Ausblicke in den Neckarauer Wald. Der nahe Waldpark lädt zu erquickenden Spaziergängen an den Ufern des Rheines ein. In mehrfacher Hinsicht wird damit den Mietern einer Wohnung im Altersheim das Leben erleichtert, und dabei ist der Mietpreis sehr niedrig festgesetzt.

Der Gemeinderat Schweningen hat beschloffen, sich mit einem Betrag von 225 M an der **Bindenburgstraße** zu beteiligen. Außerdem beschloß der Gemeinderat einer im Bau begriffenen Straße die Bezeichnung „Bindenburgstraße“ beizulegen.

Der Rastatter Voranschlag. Der Bürgerausschuß Rastatt beschloß sich mit dem Voranschlag für das laufende Rechnungsjahr. Der Voranschlag 1927 weist Ausgaben in Höhe von 2 651 962 M und Einnahmen in Höhe von 2 206 010 M auf, bleibt ein ungedeckter Aufwand von 445 952 M. Das erfordert eine Umlage von 70 Pf., das ist ein Mehr von 2,5 Pf. gegenüber dem Vorjahre. Der Voranschlag wurde gegen Mittelständler und Kommunisten angenommen.

Der Bau der Zollbeamtenwohnungen in Nehl. In der letzten Gemeinderatsitzung kam die Frage der Erstellung von 21 Zollbeamtenwohnungen durch das Reich und die Erbauung eines Finanzamtes zur Besprechung. Mit deren Bau ist noch immer nicht begonnen und es steht auch noch nicht fest, wann damit begonnen wird, obgleich der Reichstag bereits im Frühjahr die Mittel hierfür bewilligt hat. Gemeinderat und Bürgerausschuß haben im Frühjahr auf Grund der von den Reichsstellen gegebenen Zusagen, daß das Reich selbst 21 Wohnungen für Zollbeamte in diesem Sommer baut, — der Bauplatz ist bereits vor Monaten erworben — für die Erbauung von 12 Zollbeamtenwohnungen auch dem Handwerkerbauverein Vaudarleben im Betrag von 24 000 M zu einem verbilligten Zinssfuß bewilligt. Da man seit Monaten von den sogenannten Reichsbauten nichts mehr gehört hat, wurde der Bürgermeister beauftragt, beim Reichsfinanzministerium vorstellig zu werden. Die Finanzierungsfrage der Bauten soll noch für den Herbst beschleunigt werden.

Ausbau der Nagoldbahn. Ein kürzlich unter Führung des Oberbürgermeisters von Forzheim mit Vertretern der Handelskammer Calw und der Stadt Nagold stattgehabter Empfang bei der Reichsbahndirektion Stuttgart zeitigte als Ergebnis die nachfolgende Erklärung der Reichsbahndirektion: Die Interessen der Nagoldbahn sind gesichert. Bei einem zweigleisigen Ausbau der Nagoldbahn kann auch die Anleitungsline Hochdorf-Bahnhof Eutingen-Alt-Orb ohne weiteres und ohne besondere Kosten angelegt werden, während die Anleitungsline bis dahin nur einseitig für den Güterverkehr unterhalten wird. Auch durchgehende Züge von der Nagoldbahn über Bahnhof Eutingen neu nach Stuttgart sind vorgesehen.

Eröffnung der Schnellbahn Nürnberg-Fürth. Nachdem im Herbst 1922 die älteste deutsche Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth, die Ludwigsbahn, hatte stillgelegt werden müssen, wurde in den letzten zehn Monaten die **Strahlenbahn** von Nürnberg nach Fürth mit einem Aufwand von rund 1 850 000 M von der Reichstrasse auf den Bahnkörper der Ludwigsbahn verlegt und zugleich die Möglichkeit, außer einem Langsam- nun auch einen Schnellbahnbetrieb zu führen geschaffen. Diese neue Verkehrslinie wurde am Samstag eröffnet. Die Stadt Nürnberg hat für Verbesserung der nunmehr von Strahlenbahngleisen freien Fahrtrasse von Nürnberg nach Fürth, die zu beiden Seiten des Bahnkörpers läuft, nicht weniger als 2 Millionen M aufgewendet, so daß ihr die gesamte Neuregelung der Verkehrsverhältnisse mit der Nachbarstadt Fürth auf nahezu 4 Millionen M zu stehen kommt.

Eine Wohnungsbauanleihe Berlins. Der Berliner „Wochenkurier“ erzählt, daß die Stadt Berlin für die Wohnungsfürsorge G. m. b. H. über eine Auslandsanleihe für den Wohnungsbau in Höhe von 50 Millionen M verhandelt. Es liegen bereits Angebote von amerikanischen Seite vor.

Aus der Landeshauptstadt

Neue 50-Pfennigstücke. Seit einigen Tagen sind die neuen 50-Pfennigstücke im Verkehr. Sie sind etwas kleiner als die 10-Pfennigstücke und bestehen aus einer Nickellegierung. Auf der Vorderseite steht die Zahl 50 inmitten eines Strahlenbündels und umrahmt von einem Eisenkranz. Die Rückseite enthält den Reichsadler und die Inschrift „Deutsches Reich 1927“.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte gestern bewölkt und trockenes Wetter. Die Warmluftzufuhr auf der Vorderseite des Polarwirbels führt zu allgemeinem Temperaturanstieg um etwa 30. Als gestrige Temperatur wurden in der Rheinebene meist 22 Grad erreicht. Der Wirbel über dem Kanal ist mit dem südöstlich von Island gelegenen Tief in Verbindung getreten und erstreckt sich auf der heutigen Wetterkarte von der Nordsee bis zu den Pyrenäen. Auf seiner Vorderseite liegt ein großes Regengebiet, das nach heute über uns hinwegzieht wird. Unsere Witterung wird auch morgen von dem Tiefdruckausläufer beherrscht werden. Ausfließen bis Samstag: Beschleunigt wolkig, noch mäßig warm, spärliche Regen, veränderlicher Witterungscharakter, noch einige Zeit anhaltend.

Badisches Landestheater. Bernhard Blumes „Treibjagd“, die als Uraufführung am Samstag, dem 17. September, unter der Spielleitung Felix Baumbachs zum erstenmal in Szene geht, wird von den Damen Vertram, Ermath und Biegler, sowie von den Herren Brand, Dahlen, Herz, Leitgeb, Schulz-Vreiden und von der Trend dargestellt. Die Bühnenbilder stammen von Torsten Hecht. Die Vorstellung beginnt um 8 Uhr. — Als erste Novität der Karlsruher Oper in der neuen Spielzeit gelangt Sonntag, den 25. September, die große russische Ausstattungsober „ Boris Godunow“ von Mussorgski zur Aufführung. Dieses Werk, welches bereits überall und an den größten Bühnen Stürme der Begeisterung loslöste, wird sicherlich auch in der prunkhaften Aufführung des Bad. Landestheaters sein Publikum finden. Gewaltige Massenenszenen im bunten Wechsel mit ernsten und auch heiteren Solo- und Duettenszenen lassen die Zuschauer dieses Wertes nicht einen Augenblick aus der Spannung. Generalmusikdirektor Josef Krips, der musikalische und Opernregisseur Otto Krauß der szenische Leiter, haben alle Mittel in Bewegung gesetzt, um in Karlsruhe diese Oper zu einem gesellschaftlichen Ereignis zu machen.

Sinfoniekonzerte im Badischen Landestheater. Der Gesamtplan für die 10 Sinfoniekonzerte wird sicherlich zu den zahlreichen Freunden des vorigen Jahres noch viele neue erwerben. Das Programm, die Namen der auswärtigen Solisten, sowie die Gastdirigenten, die man zu gewinnen hofft, sind sichere Bürgen für hohe künstlerische Leistungen auf dem Gebiete der Konzertmusik, auf dem die Sinfoniekonzerte des Landestheaters den festen Fels für das hiesige konzertale Kunstleben sind und bleiben sollen. Klassische und moderne Musik wird auch in diesem Winter wieder gepflegt werden — im Programm finden sich die Namen Beethoven, Berlioz, Brahms, Bruchner, Gandel, Haydn, Schumann, Wagner neben Berg, Strauß, Casella, Dvorak, Janacek, Korngold, Mahler, Marx, Prokofjew, Richard Strauss und Weingartner. Als Solisten sind verpflichtet Braunsfels, Adolf Busch, Edwin Fischer, Rudolf Hindemith, Alfred Hoehn, Willi Kraus, Alfred Sael. Die Namen der Gastdirigenten werden, sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind, noch bekannt gegeben. Unter Mitwirkung des Bachvereins werden auch große Chorwerke geboten, so das Händelsche Oratorium „Samson“ und das Te Deum von Bruchner. Ur- und Erstaufführungen enthält das diesjährige Programm — sie werden zum Teil von den Komponisten selbst, zum Teil von den auswärtigen Instrumentalisten zu Gehör gebracht. Das erste Konzert findet am 3. Oktober in der Festhalle statt. Die vorjährigen Preise für die Klaimiete bleiben unverändert, obwohl dieses Zugeständnis, hingesehen auf die reichere Zahl der Solisten und Gastdirigenten recht erspäuert wurde.

Börsen und Märkte

Wochenrundschau nach dem Stand vom 15. September
Börse. Die Hausbewegung, die Ende der letzten Woche an der Börse einsetzte, war nicht von langer Dauer. Die neue Woche begann gleich mit einer Tendenzänderung. Das Geschäft bekam wieder ein stilles Aussehen und die Tendenz war überwiegend matt. Die schnellen Schwankungen an der Börse sind ein Zeichen für die anhaltende Unsicherheit, die durch das völlige Fehlen des Publikums und die weitgehende Zurückhaltung der geschwächten Kräfte hervorgerufen ist. Die Spekulation war fast ganz unter sich und nahm neue Bauforderungen vor. Die Börse war vor allem beherrscht von der Sorge vor einem Abflauen der Inlandskonjunktur. Die sich wiederholenden englischen Diskussionen über die deutsche Auslandsanleihepolitik verstimmen ebenfalls. Dazu gab der Mediotermin, der viel Material herausschickte. Auch wurden Befürchtungen laut, daß die beträchtliche Erhöhung der Beamtgehälter bei den anderen Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Arbeiter und Angestellten, eine Bewegung zur Erlangung von Zulagen und daher neue wirtschaftliche Unruhe hervorrufen werde. Die Kursveränderungen hielten sich aber meist in engen Grenzen. Bankwerte lagen still, Schiffahrtswerte waren leicht abgeschwächt. Die Montanwerte gaben etwas härter nach. Fester lagen die Aktien der Farbenindustrie. Am Rentenmarkt war die Tendenz behauptet.

Am Geldmarkt hat sich das Angebot weiter verstärkt. Die Erleichterung beschränkte sich aber lediglich auf Tagesgeld, während Monatsgeld ziemlich fest war. Für den kommenden Vierteljahresresultat rechnet man mit größeren Anforderungen an die Reichsbank und die Privatbanken.

Produktenmarkt. Die Inlandsproduktenmärkte waren im Gegensatz zu den nachgiebigeren Getreidebörsen des Auslandes behauptet. Das Angebot an Inlandsweizen hat sich vermehrt, so daß die Weizenpreise etwas zurückfielen. Die übrigen Getreidesorten waren im Preis befestigt. Für Roggen entwickelte sich regeres Auslandsgeschäft. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 261 (minus 4), Roggen 250 (plus 6), Wintergerste 219 (plus 7), Sommergerste 265 (unverändert) Hafer 209 (plus 2) M je pro Tonne und Mehl 37½ (unv.) M pro Doppelzentner.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. Sept.		15. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	163.13	163.57	163.24	163.57
Kopenhagen 100 Kr.	112.39	112.60	112.39	112.61
Italien . . . 100 L.	22.85	22.89	22.85	22.89
London . . . 1 Pf.	20.415	20.455	20.417	20.457
Newyork . . . 1 D.	4.1975	4.2055	4.1975	4.2055
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.50	16.46	16.50
Schweiz . . . 100 Fr.	80.965	81.165	80.98	81.14
Wien 100 Schilling	59.18	59.30	59.19	59.31
Prag . . . 100 Kr.	12.442	12.462	12.442	12.462

Großkraftwerk Mannheim A.-G. Die Generalversammlung unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Aufer genehmigte einstimmig die vorgelegte Bilanz und erteilte den Verwaltungsratsmitgliedern Entlastung. Aus dem Reingewinn von 203 115 M wird auf 150 000 M Vorzugs-Aktien A eine Dividende von 10 Prozent, auf 36 000 M Vorzugsaktie B eine solche von 15 Proz. und auf 2 Millionen Stammaktien eine solche von 7 Prozent verteilt, 30 000 M werden dem Wohlfahrtsfonds überwiesen und der Rest 12 715 M auf neue Rechnung übertragen.

Nur 50 Proz. Zuteilung auf die deutsche Bankanleihe. Auf die gestern in Newyork zur Zeichnung aufgelegten 20 Millionen Dollar 6-prozentige Treuhändernoten der Deutschen Bank sind laut „Wall Street Journal“ insgesamt mehr als 57 Millionen Dollar gezeichnet worden, so daß durchschnittlich nur 50 Proz. zugeweiht werden konnten. In den Vereinigten Staaten allein wurden 45 Millionen Dollar gezeichnet, während sich der Rest auf Holland, die Schweiz, Schweden, England und Österreich verteilte. Die Zeichnungslisten konnten bereits eine Stunde nach Eröffnung geschlossen werden.

D.3. Vom Oberrhein, 9. Sept. Mittwoch mittags 12 Uhr ist unter Führung von Großrat Bunderlich von Ballbach das letzte Floß von Kaiserstuhl nach Biesfeld befördert worden. Wegen des Wasserwerkes Schwörstadt muß in Zukunft die rührige Holzflößerei aus dem Fichtal und dem südlichen Schwarzwald nach Basel und weiter hinab gänzlich stillgelegt werden. Es werden mit den Floßberechtigten zwecks Abfindung derselben Unterhandlungen gepflogen. Das letzte Floß besaß eine Länge von 32 Metern und bestand aus 110 Kestern und zirka 900 Doppelzentnern Holz, das im Möhlener Fort gefällt worden war.

D.3. Schwemningen, 10. September. Der Beschluß des Gemeinderates Schwemningen, den Namen der Stadtgemeinde in „Schwemningen am Neckar“ zu ändern, ist durch die Entschließung des württembergischen Innenministeriums genehmigt worden.

Verschiedenes

Pläne Kinnedes.

Der deutsche Flieger Kinnede hat nun endgültig seinen Ozeanflug aufgegeben und plant einen großen Ostlandflug, der ihn über Schwarzes Meer, Kleinasien, Kaspa, Kalkutta, Hongkong, Japan, Sibirien über Rußland zurück, ungefähr 25 000 km führen wird. Der Start soll dicht bevorstehen.

Siswelle in Newyork

Die Siswelle im mittleren Westen Nordamerikas ist nun auch bis Newyork vorgedrungen, wo das Thermometer bis zu 32 Grad Celsius stieg, was einen Rekord für die Septembertemperatur bedeutet.

Staatsanzeiger

Berordnung

(vom 13. September 1927.)

Das Desinfektionsverfahren bei übertragbaren Krankheiten (Desinfektionsordnung).

Artikel I.

Auf Grund des § 85 des Polizeistrafgesetzbuches wird die Anlage I (Desinfektionsanweisung) der Verordnung vom 9. Mai 1911, das Desinfektionsverfahren bei übertragbaren Krankheiten (Desinfektionsordnung) Gesetz. und Verordnungsblatt Seite 297) wie folgt geändert:

§ 1.

In Ziffer 1 (Seite 303) der obengenannten Verordnung wird hinter „Diphtherie (Krupp)“ eingeschaltet: „epidemische Gehirnentzündung, spinale Kinderlähmung“.

In Ziffer 4 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 304) hinter „Typhus“, „Paratyphus“ und andere Vergiftungen durch Nahrungsmittel“.

§ 2.

In Ziffer 1a werden hinter die Worte:

Schles. Taschentuch-Unternehmen sucht für Baden geeigneten, rührigen, bei guter Detailkundschaft eingeführten **VERTRETER**. Angebote, möglichst mit Angabe von Referenzen, unter G. 696 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Die Stelle des **Direktors der Badischen Kunsthalle Karlsruhe** (Gruppe XII der Besoldungsordnung) ist neu zu besetzen. 2.550. Im Museumsbetrieb erfahrene Bewerber werden ersucht, ihre Bewerbung unter Beifügung ihres Lebenslaufes nebst Belegen über Bildungsangabe und bisherige wissenschaftliche Arbeiten bis spätestens **15. Okt. 1927** schriftlich einzureichen. Karlsruhe, den 13. September 1927. Der Minister des Kultus und Unterrichts: Leers.

Der Badische Waldbesitzerverband lädt seine Mitglieder zu der am **Samstag, den 1. Oktober, vormittags 10 Uhr**, im Gasthof zum „Pflug“ in **Schopfheim** stattfindenden **ordentlichen Mitgliederversammlung** ein. Tagesordnung: „Forstpolitik und Waldbesitzerverbände“, Vortrag von Gg. Frhr. v. Stein, Vorsitzender des Reichsforstwirtschaftsrates; Geschäftsbericht; Kasernenbericht vom Jahre 1926 und Mitteilung des Prüfungsergebnisses; Vorschlag und Beitragsfestsetzung für das Jahr 1928; Neuwahl des Ausschusses; Aussprache über Holzverkauf; Verschiedene Mitteilungen; Sonstiges. G. 699

Öffentliche Verbandssparkasse Kandern (Baden).

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Verwaltungsgebäude	21 700,—	1. Guthaben der Einleger:	
2. Darlehen auf Hypotheken	145 769,—	a) Spar- und Depositionen:	
3. Grundstückskaufgelder	46 639,01	Einlagen	340 517,50
4. Darlehen auf Schuldschein	150 766,31	b) Giro-Einlagen	31 260,39
5. Guthaben bei Banken, Girozentralen und beim Reichsbankamt	22 241,59	2. Anleihenschulden	33 811,23
6. Einnahmerückstände	23 593,11	3. Ausgaberrückstände	290,23
7. Kassenbestand	5 311,17	4. Rücklagen:	
8. Gerätschaften	2 550,—	Reservefonds	20 325,60
		5. Reingewinn vom Jahre 1926	1 365,24
	427 570,19		427 570,19

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: 8%, aus 371 777,89 RM Einlagen 29 742,24 RM Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 21 690,34 RM Somit zu wenig 8 051,40 RM 2.546

Kandern, den 13. September 1927.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: G. B. Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Emil Laiss.

„Auswurf aus Kehlkopf und Lungen“ folgende Worte eingefügt: „bei spinaler Kinderlähmung auch Stuhl und Urin“. Artikel II.
Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.
Karlsruhe, den 13. September 1927.
Der Minister des Innern Kemmle.

Dem bayerischen Landesverband des Rath. Frauenbundes e. V. und dem Münchener Rath. Frauenbund wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 9. September 1927.
Der Minister des Innern J. A.: Dr. A. Jung.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt: Ministerialrechnungsrat Franz Müller beim Ministerium des Innern zum Ministerialoberrechnungsrat und Ministerialrechnungsrat Wilhelm Kaus daselbst zum Oberrechnungsrat.

Zurückgesetzt: Polizeikommissar Jakob Kienzle beim Bezirksamt — Polizeibekleidung — Pforzheim.

Justizministerium

Versetzt: Wie Justizinspektoren Ludwig Bäß beim Amtsgericht Pforzheim zum Amtsgericht Breisach, Ludwig Landmesser beim Amtsgericht Bonndorf zum Amtsgericht Pforzheim unter Zurücknahme der Versetzung zum Amtsgericht Breisach, Franziska Sophie Bollmer beim Notariat Karlsruhe zum Amtsgericht Donaueschingen; die Aufseherinnen Wilhelmine Göbel beim Bezirksgefängnis II in Freiburg zur Frauenstrafanstalt Bruchsal, Luise Seis bei der Frauenstrafanstalt Bruchsal zum Bezirksgefängnis II in Freiburg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Auf Ansuchen entbunden: Professor Dr. Franz Schnabel auf 20. September 1927 von der Führung der Direktionsgeschäfte des Generallandesarchivs.

Beauftragt: Oberarchivar Dr. Hermann Baier am Generallandesarchiv mit Wirkung vom 20. September 1927 an bis auf weiteres mit der Führung der Direktionsgeschäfte des Generallandesarchivs.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 17. September bis 27. September 1927

a) Im Landestheater:
Samstag, 17. Sept. * A 3. Th.-Gem. 701—800. Uraufführung: **Treibjagd**. Schauspiel von Bernhard Blume. 8—10½ (5.—).
Sonntag, 18. Sept. * G 2. Th.-Gem. 801—900. **Kida**. Oper von Verdi. 7½—10½ (7.—).
Montag, 19. Sept. **Keine Vorstellung.**
Dienstag, 20. Sept. * E 3. Th.-Gem. 901—1000. **Florian Geyer**. Tragödie des Bauernkrieges von Gerhart Hauptmann. 7½—10½ (5.—).
Mittwoch, 21. Sept. * C 3. Th.-Gem. 1. S. Gr. **Fra Diavola**. Komische Oper von Auber. 8—10½ (7.—).
Donnerstag, 22. Sept. * D 3 (Donnerstagniete). Th.-Gem. 1101—1200. **Treibjagd**. Schauspiel von Bernhard Blume. 8—10½ (5.—).
Freitag, 23. Sept. * F 3 (Freitagniete). Th.-Gem. 1001 bis 1100. **Tosca**. Musikdrama von Puccini. 8 bis 11. 10½ (7.—).
Samstag, 24. Sept. * B 3. Th.-Gem. 1201—1300. **Biel Kämmen um Nichts**. Lustspiel von Shakespeare. 8—10½ (5.—).
Sonntag, 25. Sept. **Außer Mietz** (Erstes Vorrecht Mietz A). Zum erstmalig: **Voris Gudunow**. Musikalisches Volksdrama von Mussorgski. 7 bis 11. 10 (8.—).
Montag, 26. Sept. **Volksbühne I. Macbeth**. Trauerspiel von Shakespeare. 7½—10½ (5.—).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
Dienstag, 27. Sept. * A 4. Th.-Gem. 2. S. Gr. **Don Giovanni**. Oper von Mozart. 7½—10½ (7.—).

b) Im Stadt. Konzerthaus:

Sonntag, 18. Sept. * Zum ersten Mal: **Unsere kleine Frau**. Lustspiel von Abery Hopwood. 7½ bis 9. 10 (4.20).
Sonntag, 25. Sept. * **Unsere kleine Frau**. Lustspiel von Abery Hopwood. 7½—10 (4.20).

Vorankündigung

Montag, 3. Oktober. In der Festhalle: **1. Sinfonie-Konzert**. Leitung: Josef Krups. Platzmiete für 10 Sinfonie-Konzerte: 34.—, 30.—, 27.—, 26.—, 23.—, 20.—, 20.—, 17.—, 11.— RM.

Vorrecht: Bei Mietvorstellungen: Umtausch für Inhaber von Blockheften jeweils Samstag nachmittags 3½—5 Uhr. Bei Vorstellungen außer Mietz: Vorrecht der Platzmiete mit 15% Nachschlag auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags 9½—12 Uhr. Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags. Programmheft 30 Pf. Dauerbezug bei Zustellung im Haus jährlich 8 RM.

Neue Herbst-Modelle 1/6 Anzahlung

Neue erleichterte Zahlungs-Bedingungen 8 Monatsraten

Herrn-Damen- und Kinder-Kollektion
Tischwäsche
Leibwäsche
Bettwäsche
Gardinen, Vorhänge
Hüte, Mützen u.s.w.

Beamt, Festangestellte und alte Kunden ohne jede Anzahlung

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

Ecke Markgrafenstrasse Karlsruhe Kronenstrasse 40

Gleiche Geschäftsstelle in Süd-Deutschland: Mannheim O 2,2 - Stuttgart, Schillerstr. 16

zeichnung sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses bestimmt auf **Dienstag, den 25. Oktober 1927, vormittags 10 Uhr**.
Nedarbischhofheim, 15.9. 1927.
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts

Plastersteintieferung.
Auf Grund der Verordnung des Finanzministeriums vom 27. Juli 1922 vergeben wir die freie Lieferung von 711 Tonnen Großplastersteine aus Granit nach Bahnhof Niesern bzw. frei Verwendungsstelle zwischen Landstraße 13 und Engbrücke in Niesern. Die Bedingungen und Angebotsvordrucke liegen auf unserem Geschäftszimmer, Schulbergstraße Nr. 1 in Pforzheim auf und werden daselbst Angebotsvordrucke gegen eine Gebühr von 30 Pf. abgegeben. Die Angebote sind mit der Aufschrift „Plastersteintieferung“ bis **21. September 1927, vormittags 10 Uhr**, verschlossen und postfrei hierher einzuliefern. Zuschlagsfrist 14 Tage. Pforzheim, 12. Sept. 1927.
Bad. Wasser- und Straßenbauamt. 2.528

Das Freiburger Münster

Von Dr. h. c. Friedrich Kempf
Münsterbaumeister

Mit 274 Abbildungen Preis in Ganzleinen 20 M.

Dieser stattliche, wirklich wundervoll ausgestattete Band ist das schönste Werk, das bisher über das Freiburger Münster erschienen ist. Die Dreiteilung in Baugeschichte, bildende Kunst und Malerei hat eine solche Einheitlichkeit ermöglicht, daß der Leser sich ein vollständiges Bild der Entwicklung bis zur gegenwärtigen Gestalt machen kann. Sehen auch Sie das Buch bei Ihrem Buchhändler an

Verlag G. Braun G.m.b.H., Karlsruhe (Baden)

2.551. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Eugen Rager in Karlsruhe, Amalienstraße 91, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen

termin bestimmt auf **Freitag, den 7. Oktober 1927, vormittags 11 Uhr**, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, II. Stod, Zimmer 150, Adamiestraße 8, Karlsruhe, den 13. September 1927.
Badisches Amtsgericht A 4. 2.552. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Werbekunstwerkstätten G. m. b. H. Adermann & Winter in Karlsruhe, ist an Stelle des ins Ausland verzehenden Konkursverwalters, Buchrevisor A. Münster hier, Buchrevisor Paul Gläßer hier zum Konkursverwalter ernannt worden. Karlsruhe, den 12. Sept. 1927.
Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts A 8.
Nedarbischhofheim. 2.549
Im Konkursverfahren über das Vermögen des Schneidemeisters Jakob Moser in Hilsbach ist Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußver-

Badisches Landestheater
Samstag, 17. Sept. 1927
* A 3 Th.-Gem. 701—800
Uraufführung
Treibjagd
von Bernhard Blume
In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Anja Gemarth
Djan v. d. Trend
Gogolin Dahlen
Firks Schulz-Weiden
Emigal Brand
Baul Herz
Klaveta Piegler
Bankin Leitgeb
Diga Bertram
Spuller Schulze
Anfang 8 Ende 10/
I. Rang und I. Sperrst 5 RM
So. 18. Sept.: **Kida**
Im Konzerth.: Zum erstmalig: **Unsere kleine Frau**.
Die. 20. Sept. **Florian Geyer**

Druck G. Braun, Karlsruhe